

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 394 26. Sept. 2007

14. Jahrgang

Mehr vom selben – Ergebnisse der ersten Wahlrunde in Guatemala

Wie alle vier Jahre gibt es auch 2007 bei den guatemaltekischen Wahlen einen zweiten Durchgang, da keineR der KandidatInnen am vergangenen 9. September mindestens 50% plus eine Wahlstimme auf sich vereinen konnte. Die Konkurrenten für die zweite Runde sind – ebenfalls nicht überraschend – Álvaro Colom von der *Partei der Nationalen Einheit* (UNE) und Otto Pérez Molina von der *Patriotischen Partei* (PP). Auch zu erwarten war, dass die linken Parteien schlecht abschneiden würden; dass die grosse Wahlverliererin Rigoberta Menchú heisst, ist aber selbst für die grössten SkeptikerInnen eine Enttäuschung.

Im folgenden Artikel präsentieren wir – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – einige Zahlen und Statistiken über die Wahlergebnisse und geben ein paar Stimmen wieder, die das Versagen der linken Parteien kommentieren.

Die Rangliste bei den Präsidentschaftswahlen entspricht, was die ersten drei Plätze betrifft, den Erwartungen und der im Vorfeld durchgeführten Meinungsumfragen. Mit 28,37% aller gültig eingelegten Stimmen führt der zum dritten Mal als Präsidentschaftskandidat angetretene Álvaro Colom, gefolgt von nur gut 4% weniger Stimmen auf sich vereinenden Ex-General Otto Pérez Molina (24,12%). Die beiden werden am 4. November die zweite Wahlrunde bestreiten und einer von ihnen wird Mitte Januar den Präsidenten-,Thron“ besteigen. Ein halbwegs „gutes“ Ergebnis hat mit 17,21% noch der für die aktuelle Regierungspartei *Grosse Nationale Allianz* GANA angetretene Drittplazierte, der ehemalige Gefängnisdirektor, Alejandro Giammattei, vorzuweisen. Alle anderen KandidatInnen liegen unter der 8%-Grenze und somit weit zurück. Überraschend, und für ihre Partei Grund, die Medien bzw. die Wahlumfragen zu kritisieren, ist der bloss sechste Platz (3,03%) von Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú, die für *Encuentro por Guatemala* (EG)/ *Winaq* antrat.

Die Wahlbeteiligung war mit mehr als 40% Abstinenz ähnlich niedrig wie in früheren Jahren, womit die Dezentralisierungsstrategie des neuen Wahlgesetzes, durch das Bereitstellen von mehr Wahlurnen den WählerInnen die Stimmabgabe zu erleichtern bzw. sie zur Teilnahme zu motivieren, keinen Erfolg hatte. 9,42% der Stimmen wurden leer oder ungültig eingelegt.

Eine weitere Änderung des Wahlgesetzes hat zur Folge, dass die Regierung den Parteien, die mehr als 5% Stimmen auf sich gezogen haben, pro Stimme 2 US-\$ (im Vergleich zu früher 4 Quetzales, also rund vier Mal mehr) ausbezahlen muss. Damit werden finanziell schlecht gestellte Parteien gänzlich in den Ruin getrieben, da sie ihre zum Teil auf Pump geführte Wahlkampagne nicht vergütet bekommen, während die gewinnende Partei einen ersten Zugriff auf die Staatskasse nimmt. Im Fall der UNE

sind das satte 1,7 Mio. US-\$. Parteien, die weniger als 5% Stimmen haben und keinen Sitz im Kongress erreichten, werden aus der Politlandschaft getilgt und aufgelöst erklärt. Dieses Schicksal ist u.a. der linken *Allianz Neue Nation* ANN und der Partei *Democracia Cristiana* (DC) vom ehemaligen Präsidenten Vinicio Cerezo (1986 – 90) beschieden. Die DC hat bloss rund 15'000 Stimmen erzielt, obwohl sie über 71'000 eingeschriebene Mitglieder ausweist.

Gleichzeitig mit den offiziellen Präsidentschafts-, Parlaments- und Gemeindewahlen wurde traditionsgemäss am 9. September auch die Kinderwahl durchgeführt, wobei es jedoch nur um die Präsidentschaft ging. Interessanterweise divergiert dieses Ergebnis mit dem offiziellen: Die Kinder wünschten sich Otto Pérez Molina zum Präsidenten. Sie gaben ihm 39,64% der Stimmen, während Álvaro Colom nur 20,99% bekam. Eigentlich wäre zu erwarten, dass die Kinder unter dem Einfluss der Medien, der Diskussionen und Kommentare in ihrem Elternhaus oder in der Schule ihre Stimme vergeben – dass sie sich jedoch noch stärker als ihre Eltern für den Kandidaten der „harten Hand“ aussprechen, ist beunruhigend, weil es bedeutet, dass seine Slogans gut und einfach verständlich sind und offenbar ankommen.

Für die zweite Runde ist eine noch geringere Wahlbeteiligung zu erwarten. Für beide Kandidaten geht es nun darum, Allianzen mit anderen Parteien zu schmieden, damit diese ihren AnhängerInnen und Mitgliedern die entsprechende Wahlempfehlung geben. Bisher hat die *Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas* (URNG) bekannt gegeben, dass sie keine Stimmempfehlung erteilen wird und Nineth Montenegro von *Encuentro por Guatemala* ruft dazu auf „eine gut überlegte Wahl“ zu treffen. Dieser Tage gab der Drittplazierte, Alejandro Giammattei von der GANA bekannt,

Ergebnisse Präsidentschaftswahlen 2007			
KandidatIn	Partei	Stimmen	Prozente
Alvaro Colom	UNE	869'673	28,37%
Otto Pérez Molina	PP	739'428	24,12%
Alejandro Giammattei	GANa	527'653	17,21%
Eduardo Sugar	CASA	226'943	7,40%
Luís Rabbé	FRG	219'137	7,15%
Rigoberta Menchú	EG/Winaq	92'902	3,03%
Mario Estrada	UCN	92'124	3,01%
Fritz García-Gallont	Unionistas	87'458	2,85%
Oscar Castañeda	PAN	74'148	2,42%
Miguel Angel Sandoval	URNG ¹	62'431	2,04%
Manuel Conde	DU	23'444	0,76%
Pablo Monsanto	ANN	17'462	0,57%
Héctor Rosales	PAN	17'094	0,56%
Vinicio Cerezo	DC	15,329	0,50%
Total Stimmen		3'383'993	

dass er sich eine Allianz mit Otto Pérez Molina überlege. Er habe Parallelen in ihren jeweiligen politischen Programmen gefunden, rate jedoch Otto, seinen Diskurs noch etwas mehr auf die „Frau, die Stütze der Entwicklung“ auszurichten. Es ist gut möglich, dass im Hinblick auf die Macht- und Allianzverhältnisse im neuen Kongress diesbezüglich noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Keine Mehrheit im Kongress

Allianzen müssen aber unweigerlich geschlossen werden, will der zukünftige Kongress in der Lage sein, irgendwelche Entscheide zu fällen. So wie die Sitze neu verteilt sind, wird nämlich keine Partei die Mehrheit stellen. Von den insgesamt 158 Abgeordneten wurden 67 in ihrem Amt bestätigt. Von den Sitzen werden (mindestens zu Beginn) die UNE 49, die PP 30, die GANA 37, die *Republikanische Front Guatemalas* (FRG) von Ríos Montt 15 (statt bisher 29!), *Encuentro por Guatemala* 4 und die URNG 2 besetzen. Da aber in Guatemala das Parteienwechseln eine Art Volkssport ist, muss auch hier im Verlaufe der Jahre mit Verschiebungen gerechnet werden.

Der massive Sitzverlust im Kongress wird denn auch die Umsetzung des Traums des (nach vierjähriger Parlaments-Pause) als Abgeordneter wiedergewählten Efraín Ríos Montt

erschweren, sich zum Kongresspräsidenten wählen zu lassen. Einmal mehr hat die FRG ihre Stimmen auf dem Land, speziell im Departement Quiché gesammelt, das während dem Bürgerkrieg extrem unter der Regierungspolitik nicht zuletzt von Ríos Montt gelitten hat. Gegen ihn laufen genau wegen dieser Verbrechen sowohl in Guatemala wie auch in Spanien Gerichtsprozesse. Menschenrechtsorganisationen befürchten, dass Ríos Montt als Parlamentarier diplomatische Immunität genießt und sich so vor den Prozessen drücken kann. Gemäss Informationen der Anwälte der in Spanien klagenden Rigoberta Menchú-Stiftung soll diese Immunität aber nur für Straftaten gelten, die jemand während seiner oder ihrer aktuellen Amtszeit als Kongressabgeordneter begeht und nicht für in der Vergangenheit begangene Verbrechen. Über dieses Detail werden die AnwälteInnen beider Seiten in den nächsten vier Jahren zu streiten haben.

Nebst Ríos Montt ist auch seine Tochter Zury im FRG-Abgeordnetenamt bestätigt worden. Die mit einem republikanischen US-Senator verheiratete „Tochter ihres Vaters“ wird in diesen Tagen wegen eines Geldskandals im Zusammenhang mit einer in den USA ansässigen Stiftung für guatemaltekeische Frauen und Kinder durch die Presse gezogen. Gemäss oben definierter Immunität wird ihr aber juristisch nichts und niemand et-

was anhaben können.

Ebenfalls wenig geändert im Parlament hat sich die Frauenvertretung. Bloss 21 Sitze (13,29%) werden von Frauen besetzt, dies entspricht prozentual dem Verhältnis aller Frauenkandidaturen.

Mehr vom selben auch in der Hauptstadt und in den Departements

Keine Überraschung ist die Wiederwahl des hauptstädtischen Bürgermeisters und ehemaligen Präsidenten (1996 – 2000) Álvaro Arzú. Er kandidierte für die *Unionistas*, deren Präsidentschaftskandidat Fritz García-Gallont mit 2,85% ein schlechtes Ergebnis vorwies. Auch im Parlament sind die *Unionistas* mit bloss zwei Abgeordneten vertreten. Arzús Wiederwahl kann so interpretiert werden, dass es für die WählerInnen schlicht keinen überzeugenden Alternativkandidaten gab. In Bezug auf das allgemeine Wahlergebnis der *Unionistas* zeigt es, dass die WählerInnen sich für die Person Arzú und nicht für die Partei *Unionistas* und deren politischen Ziele entschieden haben. Landesweit sind weitere 22 Bürgermeistereien (von insgesamt 332) von Mitgliedern der *Unionistas* besetzt.

Auch in dieser Kategorie liegt die UNE mit 104 gewonnenen Bürgermeistereien an der Spitze, während die PP mit 39 Gemeinden landesweit eindeutig schwächer ist. Dazwischen liegt die aktuelle Regierungspartei GANA

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate

mit 78 *alcaldías* an zweiter Stelle.

Wiedergewählt wurde auch in der zweitgrössten Stadt Quetzaltenango der GANA-Bürgermeister Jorge Barrientos.

Eine ganze Reihe von Bürgermeistern (z. T. neu- z. T. wiedergewählte) haben eine zweifelhafte Vergangenheit. Einer davon ist Manuel Castillo, bisher Kongressabgeordneter, neu Bürgermeister von Jutiapa. Er wird mit dem Drogenhandel in Verbindung gebracht und ist aktuell in einen Prozess involviert, bei dem es um seine mögliche Beteiligung an der Ermordung der drei salvadorianischen PARLACEN-Abgeordneten und deren Chauffeur im Februar dieses Jahres geht. (siehe ¡Fijáte! 391) Ein anderer „Verdächtiger“ ist Arnoldo Medrano, zum fünften Mal im Amt des Bürgermeisters von Chinautla, Guatemala, bestätigt. Gegen ihn laufen diverse Prozesse wegen Korruptionsgeschichten, im Zusammenhang mit den Wahlen wird er der Fälschung von Identitätsausweisen beschuldigt.

Für ein Amt als Bürgermeisterin haben insgesamt 106 Frauen kandidiert, gewählt wurden acht. Der Anteil indigener BürgermeisterInnen hat sich im Vergleich zu den letzten Wahlen nicht wesentlich verändert. Waren es 2003 noch 123, sind es heute 129.

Schlechte Resultate für die Linke

Leider haben auch die linken Parteien die Prognosen erfüllt, die im Vorfeld von AnalytikerInnen und bei den Wahlumfragen gestellt wurden. Die fraktionierte Linke, zu der in diesem Fall die Partei der ehemaligen Guerilla URNG, deren Abspaltung unter dem Guerilla-Ex-Kommandanten Pablo Monsanto, die *Allianz Neue Nation* (ANN), und das Wahlbündnis EG/Winaq, dessen bekannteste Vertreterinnen die Kongressabgeordnete Nineth Montenegro und die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú sind, gezählt werden, vereinen zusammen nur knapp 6% aller Stimmen auf sich. Im Falle eines Wahlbündnisses hätte es ihnen rein rechnerisch aber auch nicht mehr als den sechsten Platz eingebracht. Vielleicht wäre das Resultat aber doch ein anderes gewesen, weil eine geschlossene Linke sicher für viele Leute, die jetzt den so genannten Mitte-Links-Kandidaten Alvaro Colom gewählt haben, eine reale Alternative hätte sein können.

Die URNG konnte mit zwei Parlamentsvertretern (Hector Nuila und Walter Felix) und sieben Bürgermeistereien knapp den *status quo* halten.

Die ANN wird mangels genügend Stimmen und weil sie keinen Parlamentssitz holte, aufgelöst. EG und Winaq, deren Bündnis wenige Tage nach den Wahlen – wie erwartet und im Vorfeld angekündigt – bereits wieder aufgelöst wurde, haben die wenigen gewonnenen Parlamentssitze wohl der Person und Persönlichkeit von Nineth Montenegro zu verdanken (in den Departements ist die Partei generell sehr schwach vertreten). Zusammen mit Montenegro ziehen weitere drei EG-VertreterInnen in den Kongress, darunter Otilia Lux de Cojtí, ehemalige Kulturministerin unter Alfonso Portillo und ehemaliges Mitglied der Wahrheitskommission. Rigoberta Menchú hingegen hat ein (leider zu erwartendes) schlechtes Resultat erzielt, selbst in ihrer Herkunftsgemeinde Uspantán hat sie bloss 200 Stimmen bekommen.

Bedauerlicherweise bieten auch die Analysen über die linken Wahlergebnisse nichts Neues. Auf der einen Seite strotzen diese Analysen von „selbstkritischer Selbstbeweihräucherung“, im Sinne von „wir haben unter den gegebenen Umständen das Beste erreicht, was wir erreichen konnten“. Auf der anderen Seite wiederholen sie die Notwendigkeit einer geeinten Linken im Hinblick auf die Wahlen 2011, einer Verjüngung der Parteistrukturen, dem Einschluss von mehr Frauen und Indígenas, etc., wie das schon vor vier Jahren nach einem ähnlich tristen Wahlresultat der Fall war. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die politischen, finanziellen und strukturellen Bedingungen, unter denen die Linke die Wahlen antraten, nicht die besten waren. Es ist aber definitiv falsch, die Schuld des Wahlausgangs ausschliesslich diesen Bedingungen zuzuschreiben, wie das z.B. Rigoberta Menchú macht, für die „das Patriarchat“ und „der Rassismus“ verantwortlich sind für ihr schlechtes Wahlresultat.

In dieser Beziehung ist die Anthropologin Irma Alicia Velázquez Nimatuj, die an den Allianzverhandlung von Winaq und EG mit dabei war, viel kritischer: „Winaq war nicht in der Lage, ein Regierungsprogramm zu erarbeiten, das eine klare indigene Position beinhaltete und eine dezidierte Meinung zu Themen wie Gleichberechtigung, Ausschluss und der Landfrage vertrat“.

Wie weiter?

Kongress und Gemeindeverwaltungen sind gewählt. Ihre Zusammensetzungen haben sich nicht massgeblich verändert, entsprechend ist auch

nicht zu erwarten, dass sich das politische Geschehen auf diesen Ebenen gross verändert. Auf Gemeindeebene kann dies höchstens in einzelnen Orten der Fall sein, zum Beispiel in Sipakapa, San Marcos, wo das BürgerInnenkomitee, das sich klar gegen die Präsenz des Goldminenunternehmens in der Region wehrt, den neuen Bürgermeister stellt. An der Regierungspolitik jedoch wird sich in Bezug auf die Minenproblematik mit dem neuen Kongress, mit dem aktuellen und über den Regierungswechsel hinaus amtierenden Verfassungsgericht und unabhängig davon, wer die Präsidentschaft gewinnt, gar nichts ändern.

Ein weiteres Erbe der Regierung Berger, zu dem keine der beiden um die Präsidentschaft konkurrierenden Parteien ernsthaft Stellung nimmt und in Bezug auf das keine wesentliche Änderung des politischen Umgangs zu erwarten ist, ist die Landfrage (aktuell gibt es in Guatemala 1600 Landkonflikte, die einer von der Regierung begleiteten oder initiierten Lösung harren).

Und in ihren Diskursen versichern zwar sowohl Colom wie Pérez Molina der *Internationalen Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) ihre Unterstützung, wie diese in der Realität aussehen wird, bleibt aber abzuwarten.

Zu befürchten ist auch, dass sich aus der organisierten Zivilgesellschaft keine grosse Opposition herausbilden wird. Die Wahlbeteiligung und das Wahlergebnis lassen auf eine gewisse Resignation der WählerInnen schliessen, die Raúl Molina vom guatemalteckischen MigrantInnennetzwerk RPDG folgendermassen zusammenfasst:

„Die Bevölkerung hat ihren Glauben in die politische Klasse verloren. Niemand konnte sich für eine der zur Wahl stehenden Optionen begeistern. Dies war auch schon während der Wahlkampagnen und bei den Wahlveranstaltungen spürbar und hat sich mit den Wahlergebnissen bestätigt. Nicht nur war die Anzahl leerer und ungültiger Stimmen verhältnismässig hoch, es hat auch keiner der Kandidaten ein wirklich eindeutiges Ergebnis erzielt. Das heisst, dass weder Otto Pérez Molina, sollte er gewählt werden, mit Überzeugung behaupten kann, dass die guatemalteckische Bevölkerung seine „harte Hand“ wirklich will, noch wird Colóm mit Sicherheit sagen können, dass „seine“ Stimmen tatsächlich für ihn und nicht gegen Pérez Molina gedacht waren“.

Mehr dazu nach dem 4. November.

Zwischenfälle

Guatemala, 22. Sept. In Sachen Gewalt haben sich die Erwartungen am Wahltag so gar nicht erfüllt. 110 Municipien waren im Vorfeld als gefährdet eingestuft (siehe ¡Fijáte! 393) – am Tag selbst kam es im Endeffekt in 15 Verwaltungsbezirken zu gewalttätigen Zwischenfällen, zu denen sich in der Woche darauf mindestens noch einmal so viele summierten. Insgesamt gingen in Bezug auf den Wahlsonntag 286 Anzeigen beim Menschenrechtsprokurat (PDH) ein, der Grossteil bezog sich auf Unregelmässigkeiten im Wahlregister – es wählten Leute aus Nachbarorten, Minderjährige und „Verstorbene“ und mancherorts wollten Personen ihre Stimme abgeben, doch an ihrer Stelle in der Liste war bereits unterschrieben worden. Angezeigt wurden zudem offenkundige Wahlkampagnen und Versuche, Stimmen zu kaufen. Gewalt in Form von Bedrohungen, Einschüchterungen, Aggressionen, Auseinandersetzungen mit der *Zivilen Nationalpolizei* (PNC) und Strassenblockaden prägte indes den Tag nicht nur in Villa Nueva, Departement

Guatemala, und Ixcán im Quiché.

Allerdings nur in drei von 45 beantragten Fällen zieht das *Oberste Wahlgericht* (TSE) in Erwägung, die Wahlergebnisse für nichtig zu erklären; die endgültigen Entscheidungen stehen noch aus. In Tukurú, Alta Verapaz, El Cerebral, Barberena, Santa Rosa und San Marcos La Laguna, Sololá, wurden bereits vor der Stimmauszählung die Wahlurnen in Brand gesetzt. Berichtet wird auch von drei gewaltsamen Todesfällen am Tag der Wahlen, die jeweiligen Umstände sind nicht bekannt.

Gleich am Montag nach den Wahlen gingen die Proteste in zahlreichen Gemeinden weiter bzw. erst los. Überwiegend friedlich machten die AnwohnerInnen ihren Unmut kund, der sich in den meisten Fällen auf die vermeintlich manipulierte Wiederwahl des amtierenden Bürgermeisters richtete. In 16 Fällen kam es zu Gewalt oder in Brand setzen des Rathauses – so u. a. in Palín, Escuintla. Doch Polizeiberichte machen für diese Aktionen bereits die unterlegenen Oppositionsparteien verantwort-

lich, da die Randalie sehr punktuell und gut organisiert vonstatten gingen. In genanntem Palín wurden die Anführer der Aggressionen gar als ortsfremde Mitglieder von Jugendbanden identifiziert, die offensichtlich angeheuert worden waren.

Erziehungsministerin Aceña informierte von Schäden an Mobiliar, Fenstern und Mauern einiger Schulen, in denen Wahllokale untergebracht waren und wo Konflikte stattgefunden hatten.

Ähnlich wie bei den mutmasslich politisch motivierten Morden und Gewalttaten im Vorfeld der Wahlen, gingen auch bei diesen insgesamt 16 Angriffen die Mehrzahl – sechs – gegen die Partei der *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE), vier gegen Bürgermeisterkandidaten der *Grossen Nationalen Allianz* (GAN), zwei gegen die *Republikanische Front Guatemalas* (FRG), zwei gegen die *Patriotische Partei* (PP) und jeweils einer gegen die *Unionistas* und ein Zivilkomitee. Mehr als 200 Verhaftete warten unterdessen auf ihre Anhörung zu den Vorfällen.

Nach vier Jahren Berger

Guatemala, 22. Sept. Strassenbau, diverse Gesetzesreformen, Veränderung der politischen Struktur des Landes, Modernisierung in einigen Sektoren und die Ausweitung der Grenzen im internationalen Kontext waren einige der hehren Pläne des Präsidentialen Wahlsiegers vor vier Jahren, die in der Zwischenzeit stecken geblieben sind und nun auf die nächste Regierung warten.

Der bezeichnendste Fall ist der des so genannten „Anillo Metropolitano“, der Umgehungsstrasse um die Hauptstadt, ein Projekt von US-\$ 400 Mio., das dazu dienen sollte, die anrainenden Municipien miteinander zu verbinden, ohne durch die Stadt fahren zu müssen.

Diese Initiative war eins der Hauptangebote der Wahlkampagne von Oscar Berger, neben dem Ausbau der *Franja Transversal del Norte* (FTN), einer Verbindungsstrecke im Norden des Landes. Zumindest die Konzession für letztere wurde Anfang des Jahres an das berüchtigte Strassenbauunternehmen Solel Boneh vergeben, der Anillo blieb hingegen auf der Strecke, aufgrund der Verpflichtung des Erwerbs des Wegerechts von Seiten des Vertragspartners, der fehlenden Planung eines Grossteils der Route und schliesslich wegen des Fehlens eines interessierten Bauunternehmens trotz zwei öffentlicher Ausschreibungen.

Derweil erhielt der Versuch einer politischen Reform eine Absage, als ein Vorschlag, der von der Arbeitsgruppe des zuständigen Kommissionärs, Mario

Fuentes Destarac, in die Hände von einigen Abgeordneten gelangte, die ihn völlig auseinander nahmen. Berger wollte ein Widerrufsreferendum zur Hälfte der Präsidentialen Amtszeit einführen und die Zahl der Mitglieder des Kongresses reduzieren.

Seit Anfang 2004 ebenfalls in der Regierungspipeline stecken Diskussionen um ein Rahmengesetz für die so genannten Public-Private-Partnerships, Wirtschaftsbündnisse zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor, zur Anziehung ausländischen Kapitals, und – neben einigen anderen – das Waffen- und Munitionsgesetz.

Viereinhalb Monate vor der Amtsübergabe scheint sich Berger damit zu begnügen, allein den renovierten und erweiterten Internationalen Flughafen La Aurora als vollendetes Werk seiner vier Präsidentschaftsjahre am 5. Dezember zu überreichen.

Seit August hatten Berger und sein Vize Eduardo Stein die Parteien mit PräsidentschaftskandidatIn bereits eingeladen, um die Regierungsübergabe einzuleiten. Doch diese Treffen verliefen eher unerfreulich. Einerseits nahmen nur wenige der Eingeladenen teil, andererseits kritisierten die Anwesenden die vorgelegten, im Vergleich zu Ergebnissen nationaler Umfragen viel zu positiven Daten. Ab jetzt will sich Berger mit den Parteien der Stichwahl-Kandidaten getrennt treffen, um ein ungezwungeneres Klima „für Fragen und Empfehlungen“ zu schaffen.

Adoptionsmissstand

Guatemala, 04. Sept. Das *Generalprokurat der Nation* (PGN) ermittelt gegen die Richterin Elia Berdúo Samayoa, die ohne Autorisierung durch die PGN die Adoptionsverfahren von 10 Mädchen und Jungen geführt hat. Diese waren in einem Heim untergebracht, das ebenfalls keine Autorisierung hatte, die es vom Wohlfahrtssekretariat bräuchte.

Gemäss Informationen der Tageszeitung *Prensa Libre* waren die Adoptionspapiere im Juni und Juli dieses Jahres ausgestellt worden, obwohl die Adoptiveltern nicht alle Voraussetzungen erfüllt hatten und das vorgeschriebene Prozedere nicht eingehalten worden war. Demgemäss muss das PGN seine Zustimmung geben und ein Familiengericht den Entscheid absegnen. Doch jene Richterin hatte das Prokurat umgangen und zudem Daten in den Formularen gefälscht oder einfach ausgelassen. Aufgeflogen war das Vorgehen, als die Anwälte der zehn Adoptiveltern die Unterlagen dem Familiengericht vorlegten und dieses die Erfüllung einiger Formalien einforderte. Berdúo Samayoa rechtfertigte sich derweil damit, dass die Urteile des PGN nicht bindend seien für die Vergabe einer Adoption und den Familiengerichten würde die Zustimmung der biologischen Mütter und eine DNA-Probe ausreichen.

Vor zwei Monaten noch wurde ein Haus eines US-Amerikaners in Antigua entdeckt, in dem 46 Kinder für eine regelwidrige Adoption bereitgehalten wurden.

Die erste Woche CICIG

Guatemala, 21. Sept. Am 15. des Monats von UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon ernannt, zwei Tage später bereits im Land seiner Mission: Carlos Castresana Fernández stattete als Leiter der *Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) in der vergangenen Woche einer Reihe von FunktionärInnen in Guatemala eine erste Visite ab. Begleitet wurde der spanische Anwalt von Martha Doggett, der Zuständigen für Guatemala in der Abteilung für politische Angelegenheiten der UNO. In seinen Gesprächen sondierte Castresana das Terrain für seine Mission: Mit Generalstaatsanwalt Luis Florido sprach er über die zukünftige Zusammenarbeit zwischen CICIG und Staatsanwaltschaft, mit dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofs, Rubén Eliú Higueros, über die Stärkung des Justizsystems und die Ausbildung des CICIG-Teams in der Materie des guatemalteikischen Strafbuchgesetzes und mit Adela Torrebiarte, der Innenministerin, über die Auswahl des nationalen Untersuchungsteams, das aus einer Gruppe von frisch von der Polizeiakademie graduierten und erfahrenen ErmittlerInnen der *Zivilen Nationalpolizei* (PNC) bestehen soll, die dafür strengen Tests unterzogen werden sollen. Dabei unterstrich er stets, dass die CICIG dem Staat dienen

Rentenbescheid

Guatemala, 20. Sept. Nach drei Jahren harten Kampfes, Hungerstreiks und Protesten der inzwischen organisierten Frauen und Männer gab die Regierung nun rund 7'000 SeniorInnen Bescheid, die die ersten Begünstigten des Pensionsprogramms sein werden. Dem waren von Seiten des Kongresses immer wieder Steine in den Weg gelegt worden. (siehe ¡Fijáte! 373) Zugelassen werden Menschen über 65 Jahre, die nachweisen können, dass sie in extremer Armut leben und nicht von der Sozialversicherung abgedeckt sind.

Für den halben Monat September erhalten die SeniorInnen 280 Quetzales und ab Oktober werden ihnen 400 Quetzales (ca. US-\$ 52) ausgehändigt. 100'000 Anträge liegen dem Arbeitsministerium vor und allen potentiell Begünstigten soll vor Genehmigung ein Besuch abgestattet werden. Aus gutem Grund bat Arbeitsminister Rodolfo Colmenares die Betroffenen um etwas Geduld.

Erst Mitte August hatte das Verfassungsgericht zwei Artikel des entsprechenden Gesetzes annulliert, die einen Solidaritätsbeitrag je nach Einkommensklasse von Privatpersonen und Unternehmen vorsahen. Wie die Rente jetzt finanziert wird, ist nicht bekannt.

und nicht in ihn eingreifen wolle. Die Herausforderung bestünde darin, die zuständigen Institutionen anhand der Unterstützung in der Ermittlung von paradigmatischen Fällen davon zu überzeugen, dass die Bekämpfung der Straflosigkeit in Guatemala tatsächlich möglich ist. Weltweit ist der Einsatz einer Art CICIG bislang einmalig.

Auch traf sich der Spanier mit Menschenrechtsprokurator Sergio Morales und den beiden Präsidentschaftskandidaten Álvaro Colom und Otto Pérez Molina, die ihm ihre Unterstützung zusagten.

Von Seiten der Menschenrechtsorganisationen wird Castresana als erfahrener Rechtsverteidiger begrüßt. Er war von 1995 bis 2005 tätig für die spanische Spezialanwaltschaft gegen Korruption und ermittelte gegen den Spanischen Gerichtshof und andere Gerichte. Im Namen der *Progressiven Einheit der*

StaatsanwältInnen legte er 1996 dem Spanischen Gerichtshof die Klage wegen Genozids, Staatsterrorismus und Folter gegen den chilenischen Diktator Augusto Pinochet vor, die dessen Festnahme in London ermöglichte. Zwischen 1993 und '95 im eigenen Land als Ermittler und seit 2006 im Rahmen des UN-Regionalbüros gegen Drogen und Delikte (UNODC) koordinierte er ein Präventionsprojekt gegen Kriminalität und den Missbrauch und Gebrauch von Drogen in Mexiko. Mit einem Nationalen Menschenrechtspreis und zwei Ehrendokortiteln gewürdigt ist er zudem noch Strafrechtsdozent in San Francisco (USA) und Madrid.

Bereits im Oktober wird ein CICIG-Team von 5 - 10 Personen die vorbereitende Arbeit der Kommission aufnehmen, bevor die ersten Ermittlungen mit Beginn des neuen Jahres in Angriff genommen werden sollen.

Indigene Völkerrechte

Guatemala, 19. Sept. Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Louise Arbour, begrüßte die Annahme der Deklaration über die Rechte der Indigenen Völker von Seiten der UNO-Generalversammlung, die sie für „einen Triumph für die Justiz und die menschliche Würde“ hielt.

Nach 20 Jahren der Verhandlungen zwischen den UN-Mitgliedsstaaten und unter Beteiligung von indigenen Völkern der ganzen Welt wurde die Deklaration letzten Donnerstag in New York mit 143 Stimmen dafür, den vier Stimmen von Australien, Kanada, Neuseeland und den USA dagegen und 11 Enthaltungen in den Kanon der Vereinten Nationen integriert. Sie umfasst sowohl die individuellen wie kollektiven Rechte, die kulturellen wie die Rechte der Identität als auch die Rechte auf Bildung, Gesundheit, Arbeit und Sprache u.a.

Daneben verbietet sie die Diskriminierung von indigenen Völkern und fordert deren vollständige und effektive Teilnahme in allen Angelegenheiten, die sie betreffen. Sie versichert das Recht der Völker auf Andersartigkeit und darauf, ihre eigenen Vorstellungen einer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung zu verfolgen und unterstreicht schliesslich die Notwendigkeit harmonischer Beziehungen und Kooperation zwischen den Nationalstaaten und den indigenen Völkern.

Laut Louise Arbour treibt die Deklaration erneuerte internationale Bemühungen voran, sich der dringenden Sor-

gen der mehr als 370 Millionen Angehörige indigener Völker auf der Welt anzunehmen.

Mit der Deklaration wird auch ein signifikantes Konzept übernommen, nämlich das des „Volkes“ anstelle der „ethnischen Gruppe“ und „Gemeinde“ („comunidad“). Martín Sacalxot, Leiter der Abteilung für Indigene Völker des guatemalteikischen Menschenrechtsprokurats (PDH) erläutert wie folgt: „In einem Volk zu leben bedeutet, an einem Ort zu sein, wo es Bräuche gibt, ein System des Lebens und der eigenen Organisation, diese Merkmale werden mit den anderen beiden Begriffen nicht anerkannt“.

Der Anthropologe, Politanalyst und Maya Poqomchi Kajkoj (Máximo) Ba Tiul dagegen macht in seiner Analyse darauf aufmerksam, dass die Deklaration zwar den indigenen Völkern durchaus bedeutsame Rechte zugesteht, wie die freie Selbstbestimmung, Autonomie und Selbstregierung oder die Beteiligung an für sie relevanten Staatsentscheidungen mittels selbst- und nicht wie bislang häufig vom Staat gewählter VertreterInnen. Doch von Beginn an enthalte der Text Mehrdeutigkeiten, die je nach Interpretation und nicht unbedingt zum Vorteil der indigenen Völker ausgelegt werden könnten. Denn selbst die Deklaration unterstreiche die Souveränität der Staaten, die nicht verletzt werden dürfe und deren Interessen vorgingen. Und damit ist es mit der Selbstbestimmung der indigenen Völker schon wieder vorbei.

¡Híjole...! Die einmonatliche Kolumne von Fernando Suazo

Es war einmal ein Volk

Es war einmal ein Volk, dem systematisch die Erinnerung entrissen wurde. Seitdem es erobert und unterworfen worden war, zwangen ihm die neuen Besitzenden mit Feuer und Schwert das Vergessen auf: Seine weisesten alten Männer und Frauen, seine Kodizes, seine Tempel, seine Rituale, seine Sprachen und sogar seine alltäglichen Praktiken wurden mit Hass verfolgt und von den Flammen zerstört. Im Gegenzug wurde es gezwungen, die Erinnerung des Invasoren zu erlernen, dessen Helden und Heilige, dessen heilige Bücher, dessen Riten, dessen Gebote, dessen Sprache. Das Volk musste eine neue Umgangsform mit der Erde lernen, sie nicht mehr wie eine ehrwürdige Mutter behandeln, sondern wie eine Hure, deren Wert in Geld bemessen wurde. Die neuen Herren weisser Rasse beuteten das Volk mit einer unerbittlichen Grausamkeit aus, nachdem sie es ihres Landes beraubt hatten, des heiligen Raums, wesentlicher Kern des Lebensunterhaltes und der Gemeinschaft mit allen Lebewesen. Das Volk musste resignieren angesichts der lebenslangen Degradierung zu einem minderwertigen Volk mit „schmutzigem Blut“, und wurde bei der geringsten Absicht zum Ungehorsam bedroht durch die zivilisatorische Peitsche.

Die Zeit verging und in den Bergen ertönten die ersten Worte von Rebellion: „Lasst uns, die Armen und die Indios, aufstehen, wir haben die Kraft in unseren Händen; die Gebiete sind ohne uns nichts wert!“ Daraufhin entzündeten sich bei vielen von ihnen Utopien, sie trugen die Glutreste ihrer Erinnerung zusammen. Sie setzten ihr Leben im Elend aufs Spiel für ein anderes, das sich vom bisherigen unterscheidet. Als dann brachten die Herrscher einen unbeschreiblichen Genozid über das Volk. Ausserdem setzten sie alles daran, die Leute dazu zu nötigen, in ihre vorgegebene Entwürdigung zurückzukehren: Sie wurden gezwungen sich gegenseitig zu verraten, sich zu foltern, sich zu zerstören.

Später ernannten sich die selbigen Völkermörder zu Autoritäten und

begannen eine freundschaftliche Sprache zu benutzen, nicht mehr wie vorher im Krieg. Sie passten auf, dass die neuen Begriffe wie Gerechtigkeit und Demokratie nichts an der ehernen Straflosigkeit änderten, die die Ausrotter beschützte.

Zudem bemühten sie sich darum, die Erinnerung an den Genozid in den Menschen auszulöschen. Die Vergangenheit hatte es nicht gegeben, das war das implizite Motto der RichterInnen, Anwälte und Anwältinnen, PolitikerInnen, LehrerInnen und MeinungsmacherInnen.

Darin stimmten die Leute überein. Die Vergangenheit hatte es tatsächlich nicht gegeben. Die Menschen wussten aus langer Erfahrung, dass die Schatten der Vergangenheit sich nur dann zerstreuten, wenn ein Fenster in der Zukunft geöffnet würde. Und nur dann zündeten sich die Erinnerung und die Utopie gegenseitig an. Doch solange man keinen Ort hatte, wohin man so viel Schmerz aus der Erinnerung tragen konnte, war es besser ruhig zu bleiben und so zu tun, als ob diese nicht existiere.

Und so erfüllten die Herrschenden des Ortes von Zeit zu Zeit die Riten der Demokratie und riefen alle Leute auf, an staatsbürgerlichen Wahlfesten teilzunehmen, um die Präsidiale Schärpe neuen Autoritäten zu überreichen. Die Besitzer hatten vor, im Volk ein angemessenes Klima für ausländische Investitionen zu schaffen, die unter anderem den Raubbau von Naturressourcen betrafen, ohne dass es zu den bekannten Komplikationen käme, die diese Arbeit in der Vergangenheit mit sich gebracht hatte; jetzt war das Volk eingeladen, sich dem Weltmarkt zu öffnen am modernen Horizont der neoliberalen Globalisierung.

Das alles taten die Herrscher, mit der Begründung, sie seien sehr besorgt wegen des Hungers und der Armut der Leute. Und gerade deswegen erliessen sie Gesetze, die praktisch die Reichtümer des Landes grossen internationalen Unternehmen schenkten,

im Austausch von - das dann schon - ein paar Arbeitsstellen für Einheimische.

Nun, in diesem Klima der Demokratie gingen die Leute zur Wahl, in der gleichen Weise wie sie arbeiteten, assen, feierten. Das alles machten sie, als ob es keine Erinnerung gäbe. Doch es war ein Volk, das dadurch, dass ihm das Gedächtnis entrissen worden war, kaum noch ein Volk war. Zum Beispiel sagten einige, wenn alle vier Jahre die allgemeinen Wahlen stattfanden, dass das politische Verhalten der BewohnerInnen typisch sei für ein ziemlich rückständiges, unwissendes Volk. Einst, für eine Anzahl von weniger als 6 Millionen WählerInnen, wurden gar 70'000 WahlbeobachterInnen geschickt, und viele davon kamen aus dem Ausland!

Andere waren der Meinung, dass viele Leute SadomasochistInnen seien, die diese krankhafte Faszination fühlten, die Folterknechte in ihren Opfern provozieren.

Wieder andere dagegen gratulierten sich, wenn die Wahlveranstaltungen ohne die gefürchteten Zwischenfälle vonstatten gegangen waren, die prächtigen Vaterlandsfeste, Beispiele der Demokratie...

Doch niemand stellte sich hin und interpretierte die hohen Quoten der Stimmenthaltung oder die Tatsache, warum die Wahlausübung jeglicher politischen Vernunft entbehrte und allein Ergebnis der klientelistischen Machenschaften der KandidatInnen war.

Niemand machte sich daran mit Scharfsinn herauszufinden, warum die Menschenmengen, die im letzten Krieg die Opfer gewesen waren und immer noch nicht das Geringste an Gerechtigkeit erfahren hatten, zur Wahl gingen und ein ums andere Mal die Hand ihrer Übeltäter küssten.

Niemand schien wahrzunehmen, dass die kostenaufwendige und grelle Wahlpropaganda alle vier Jahre wieder das bedrohliche Prasseln der Glut der Erinnerung überdeckte.